

Eckhardt Wohlers

Konjunkturaufschwung im Schatten der Asienkrise

Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Beginn einer sich festigenden konjunkturellen Erholung, die jetzt auch mehr und mehr ihren Niederschlag am Arbeitsmarkt findet. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Entwicklungen in Westdeutschland und Ostdeutschland? Wie wirkt sich die Asienkrise aus? Wie sind die konjunkturellen Aussichten für das nächste Jahr?

Ungeachtet der anhaltenden Krise in Südostasien hat sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland dank der günstigen monetären Rahmenbedingungen in der ersten Hälfte dieses Jahres gefestigt und an Breite gewonnen. Auftragseingänge und Produktion sind weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet (vgl. Schaubild 1). Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts hat sich im ersten Quartal 1998 sogar spürbar beschleunigt, doch hat dabei der milde Winter eine Rolle gespielt. Zudem wurden wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer am 1. April Käufe vorgezogen, und der Staat dürfte, um 1997 den Referenzwert für das EWU-Budgetkriterium zu erfüllen, Ausgaben in die ersten Monate dieses Jahres verlagert haben. Für eine Überzeichnung der konjunkturellen Grundtendenz spricht auch, daß sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe in diesem Jahr kaum noch verbessert hat.

Der Export ist weiterhin eine wesentliche Stütze der Konjunktur, auch wenn sich sein Anstieg tendenziell verlangsamt hat. Der Aufschwung greift aber mehr und mehr auf die Binnennachfrage über. So sind die Ausrüstungsinvestitionen nach der Jahreswende kräftig ausgeweitet worden; offenbar beginnt die deutliche Verbesserung wichtiger Investitionsbedingungen nun Früchte zu tragen. Merklich zugenommen hat in den ersten Monaten des Jahres auch der private Verbrauch. Zwar haben dabei Vorzieheffekte als Folge der Mehrwertsteueranhebung eine Rolle gespielt. Die deutliche Erhöhung der Auftragseingänge im Verbrauchsgütergewerbe deutet aber auch auf eine Festigung der Konsumneigung hin. Kaum gebessert hat sich dagegen die Situation am Bau; der leichte Anstieg der Bauinvestitionen im ersten Quartal dieses

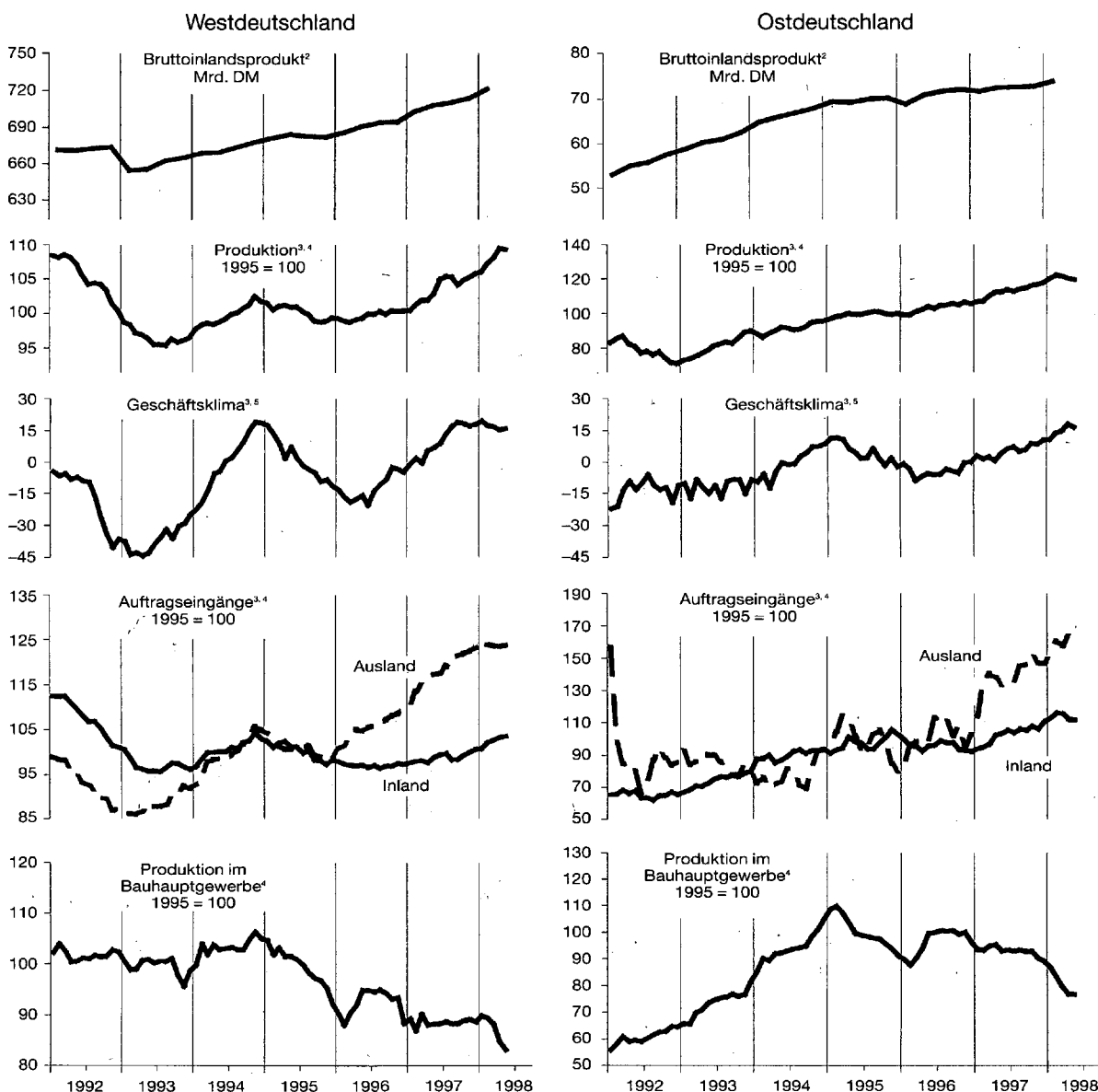
Jahres geht allein auf das Konto der günstigen Witterung. Immerhin haben sich zumindest in Westdeutschland die Auftragseingänge in den meisten Bereichen nach der Jahreswende wieder etwas erhöht.

Bei alledem gibt es weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Eine selbsttragende, relativ robuste Aufwärtsentwicklung hat sich bisher lediglich in Westdeutschland herausgebildet. In Ostdeutschland nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion schon seit geraumer Zeit kaum noch zu; das reale Bruttoinlandsprodukt war im ersten Quartal 1998 saisonbereinigt nicht viel höher als im Schlußquartal 1996. Ausschlaggebend dafür war die anhaltend ungünstige Entwicklung im Baugewerbe. In der ostdeutschen Industrie, wo die Produktion bereits 1997 um rund 8% gestiegen war, hielt die Aufwärtstendenz an. Nach wie vor wird aber die höhere Produktion weitgehend durch Ausschöpfung von Produktivitätspotentialen bewältigt; die Produktivität war im ersten Quartal dieses Jahres um rund ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor. Damit hat sich in diesem Bereich der Abstand gegenüber dem Westen weiter verringert.

Die konjunkturelle Erholung findet mehr und mehr auch ihren Niederschlag am Arbeitsmarkt. In Westdeutschland scheint die Wende nunmehr vollzogen; seit Jahresbeginn steigt die Zahl der Erwerbstätigen wieder und die der Arbeitslosen ist spürbar zurückgegangen, in den Monaten Januar bis Juni saisonbereinigt um rund 140 000. Zwar hat auch in Ostdeutschland in den letzten Monaten die Beschäftigung leicht zugenommen, und die Zahl der Arbeitslosen ist spürbar gesunken. Doch ist dies in erster Linie auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Staates zurückzuführen. Die Mittel dafür sind, nachdem sie im vergangenen Jahr unter dem Druck von Maastricht deutlich gekürzt worden waren, im Wahljahr 1998 wieder erheblich aufgestockt worden. Insbesondere in

Dr. Eckhardt Wohlers, 54, ist Leiter der Abteilung Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Abbildung 1
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹



¹ Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). ² In Preisen von 1991, Vierteljahreswerte. ³ Verarbeitendes Gewerbe. ⁴ Gleitende Dreimonatsdurchschnitte. ⁵ Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo Institut; eigene Berechnungen.

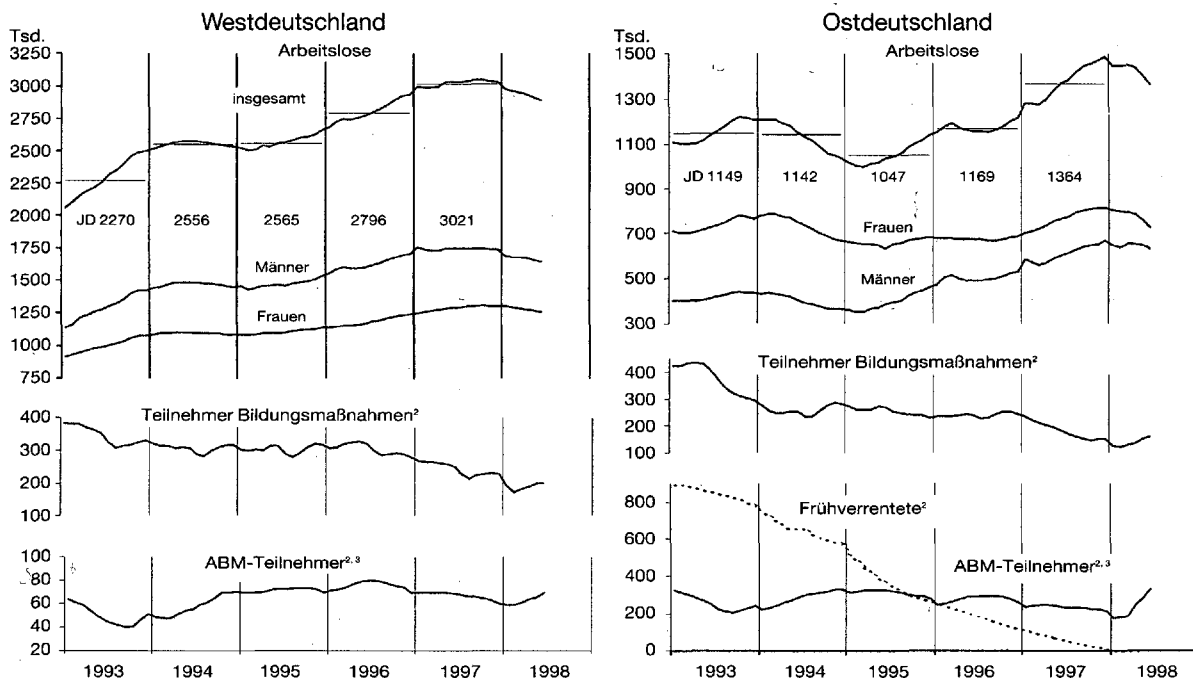
Ostdeutschland wurden die zusätzlichen Mittel offenbar relativ rasch „umgesetzt“. Jedenfalls ist die Zahl der Teilnehmer in ABM¹ und an Bildungsmaßnahmen seit dem Frühjahr kräftig gestiegen (vgl. Schaubild 2).

Alles in allem ergibt sich für Deutschland das Bild eines Konjunkturaufschwungs, der zunächst nur schleppend in Gang kam, nun aber mehr und mehr an

Breite gewinnt und durchaus traditionellen „Ablaufmustern“ folgt. Etwas getrübt wird es durch die sich nun schon fast ein Jahr hinziehende Finanzkrise in Südostasien. Bisher haben sich daraus zumindest in Europa noch keine nennenswerten Beeinträchtigungen ergeben. In Deutschland sind zwar die Exporte in die Krisenregion erheblich zurückgegangen. Dies wurde aber durch verstärkte Lieferungen in andere Regionen, insbesondere in die EU-Länder, weitgehend kompensiert.

¹ Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM).

Abbildung 2
Entwicklung der Arbeitslosigkeit



¹ Saisonbereinigte Monatswerte. ² Nicht saisonbereinigt. ³ Einschließlich Teilnehmer an Strukturmaßnahmen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Erhöhte weltwirtschaftliche Risiken

Bei den bisherigen Prognosen war davon ausgegangen worden, daß die Konjunktur in Europa durch die Finanzkrise in Südostasien kaum beeinträchtigt würde². Für Deutschland wurde eine Wachstumseinbuße von einem viertel Prozentpunkt erwartet. Die Krise zieht sich aber länger hin als noch vor einiger Zeit angenommen. In einigen der betroffenen Länder kommen die notwendigen Reformen nur zögernd voran. Nach wie vor gibt es Widerstände gegen eine rasche und konsequente Umsetzung der – durchaus nicht unumstrittenen – Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), zumal die mit der Umstrukturierung verbundenen sozialen Härten teilweise zu erheblichen Unruhen geführt haben. Schon deshalb wird es noch einige Zeit dauern, bis sich die wirtschaftlichen Lage in Südostasien stabilisiert.

Eine neue „Qualität“ hat die Krise in Fernost durch die Entwicklung in Japan bekommen. Mit der Abwertung des Yen, die nicht zuletzt ein gesunkenes Vertrauen der Finanzmärkte in die Fähigkeit der Japaner widerspiegelt, ihre strukturellen Probleme zu lösen, hat sich die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter gegenüber Konkurrenten aus Europa und aus dem Dollarraum kräftig verbessert. Japan dürfte aufgrund seines hohen Weltmarktanteils und seines breit gefächerten Angebots weit eher als die südostasiatischen Entwicklungsländer in der Lage sein, diesen Vorteil in höhere Exporte umzusetzen. Die Zuspitzung der Lage in Japan erschwert auch die Stabilisierung in den anderen Ländern, und sie birgt die Gefahr, daß weitere Länder und Währungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Insofern sind die außenwirtschaftlichen Risiken durch die neuerliche Verschärfung der Asienkrise deutlich größer geworden.

Japan hat im Frühjahr ein umfangreiches Paket zur Ankurbelung der Konjunktur geschnürt. Überdies hat die Regierung jetzt Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsektors konzipiert³. Viel wird davon abhängen, wie entschlossen die strukturellen Probleme im Finanzsektor tatsächlich angegangen werden und wie

² Vgl. Günter Weinert, Eckhardt Wohlers et al.: Krise in Südostasien belastet Konjunktur, HWWA-Report Nr. 171, S. 10 ff.; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Institut für Konjunkturforschung), HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 181, S. 12 ff.

³ Vgl. Günter Weinert: Die Krise in Japan, in diesem Heft, S. 378 f.

rasch die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage greifen. Hier ist unterstellt, daß es in Japan in der zweiten Jahreshälfte 1998 zu einer Belebung der Konjunktur kommt und daß es gelingt, den Yen-Kurs etwa auf dem jetzigen Niveau zu stabilisieren. Es wird ferner angenommen, daß sich die Situation in den von der Krise unmittelbar betroffenen südostasiatischen Entwicklungsländern nicht weiter verschärft, und daß ein Übergreifen auf andere Länder der Region vermieden werden kann. Unter diesen Bedingungen werden die von der Asienkrise ausgehenden Belastungen für die Konjunktur in Europa zwar etwas stärker ausfallen als bisher angenommen, wegen der weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen – zu denen mittelbar auch die Auswirkungen der Finanzkrise beitragen – ist mit einem regelrechten konjunkturellen Einbruch aber nicht zu rechnen⁴.

Im großen und ganzen bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld relativ günstig. Die anhaltende Krise in Asien wird zwar etwas stärkere Spuren im deutschen Außenhandel hinterlassen als bisher erwartet, wobei die Abwertung des Yen wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen erst 1999 voll zum Tragen kommen wird. Dem stehen aber weiterhin kräftige Impulse nicht zuletzt aus der Festigung der Konjunktur in Europa gegenüber. Zudem wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von der Kostenseite her nochmals verbessern; die Lohnstückkosten werden sich als Folge moderater Lohnsteigerungen bei weiterhin deutlichem Produktivitätsanstieg im Gegensatz zu anderen wichtigen Welthandelsländern kaum erhöhen. All das spricht dafür, daß die Ausfuhr trotz merklicher Verlangsamung des Expansionstempos deutlich aufwärtsgerichtet bleiben wird.

Monetärer Rahmen bleibt günstig

Im Mai dieses Jahres sind die Weichen für die 3. Stufe der Europäischen Währungsunion gestellt worden. Sie wird fristgerecht am 1. Januar 1999 mit elf Ländern starten; dann wird die Verantwortung für die Geldpolitik in der EWU endgültig auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergehen. In den nächsten Monaten werden die noch bestehenden Unterschiede bei den kurzfristigen Zinsen durch die Zentralbanken der Teilnehmerländer eingeegnet werden. Angesichts der gestiegenen außenwirtschaftlichen Risiken durch die neuerliche Verschärfung der

Asienkrise ist es wahrscheinlich, daß sich die Anpassung durch Zinssenkungen in den „Hochzinsländern“ vollziehen wird, zumal der Preisanstieg im EWU-Raum weiterhin sehr moderat ist. Das würde bedeuten, daß sich die kurzfristigen Zinsen in Deutschland in diesem Jahr etwa auf dem derzeitigen niedrigen Niveau halten werden; bei den Zinsen für Dreimonatsgeld liegt es gegenwärtig bei 3,6%.

Die Europäische Zentralbank wird – und sollte – ihre Geldpolitik von der wirtschaftlichen Entwicklung im gesamten EWU-Raum abhängig machen. Dort ist aber trotz fortschreitender konjunktureller Erholung auch 1999 noch keine spürbare Beschleunigung des Preisaufriffs zu erwarten. Allenfalls in einigen kleineren Ländern mit konjunkturellem Vorlauf dürfte sich als Folge verstärkter Kostensteigerungen das Preisklima verschlechtern. Um ihren Stabilitätswillen zu betonen und Reputation zu gewinnen, dürfte die EZB allerdings bei sich abzeichnenden Inflationstendenzen schon frühzeitig ein „Zinssignal“ setzen. Bei der Prognose ist unterstellt, daß die kurzfristigen Zinsen im Laufe des kommenden Jahres leicht angehoben werden. Einen Kurswechsel in der Geldpolitik bedeutet das freilich noch nicht; sie wird auch dann insgesamt noch leicht expansiv wirken. Bei einem moderaten Anziehen der kurzfristigen Zinsen in der EWU könnte sich die Zinsdifferenz zu den USA tendenziell verringern. Auch dies würde den Euro stützen; hier ist unterstellt, daß er gegenüber dem Dollar 1999 etwas an Wert gewinnt.

Anders als die kurzfristigen Zinsen haben sich die langfristigen innerhalb des EWU-Raumes bereits weitgehend angeglichen; die Umlaufrenditen für öffentliche Anleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren bewegen sich derzeit zwischen 4% und 5%. Angesichts des ruhigen Preisklimas und der sich hinschleppenden Finanzkrise in Asien, die Kapitalanlagen in den „sicheren Häfen“ Europas und der USA begünstigt, ist vorerst nicht mit einem Wiederanziehen zu rechnen. 1999 dürfte es zwar bei fortschreitendem Konjunkturanstieg in Europa und einer allmählichen Entspannung in Asien zu leichten Zinssteigerungen am „langen Ende“ kommen. Eine nennenswerte Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in der EWU ist davon jedoch nicht zu erwarten.

Finanzpolitik weniger restriktiv

Anders als die Geldpolitik bleibt die Finanzpolitik in der EWU in nationaler Verantwortung. Sie war 1997 in Deutschland vorrangig auf das Erreichen der Referenzwerte für die Fiskalkriterien des Maastricht-Vertrages ausgerichtet. Dabei gingen von ihr deutliche

⁴ Eine ausführliche Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt im nächsten Konjunkturforum in der August-Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	2,2	2,6	2,6	1,3	2,2	2,6	2,6	1,9	1,6	2,0	2,7
Privater Verbrauch	1,4	0,2	1,7	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsverbrauch	2,0	-0,4	0,9	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausrüstungen	1,6	3,9	7,5	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Bauten	0,3	-2,2	-0,5	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Inlandsnachfrage	1,8	1,2	2,1	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	6,6	10,7	10,3	7,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Einfuhr	7,3	7,0	9,0	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Erwerbstätige ² (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-1,3	-1,4	-0,1	0,5	-1,1	-1,0	0,2	-0,6	-2,1	-3,3	-1,2	0,1
Arbeitslose (1000 Personen)	3965	4385	4300	4150	2796	3021	2910	2765	1170	1364	1390	1385
Arbeitslosenquote ³ (in %)	10,3	11,5	11,3	10,9	9,0	9,8	9,4	9,0	15,7	18,4	18,8	18,8
Verbraucherpreise ⁴ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,8	1,1	1,5	1,4	1,8	1,1	1,5	2,2	2,1	1,4	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ (in % des BIP)	3,4	2,7	2,4	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsbilanzsaldo ⁶ (Mrd. DM)	-20,7	-1,7	21,0	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-

¹ In Preisen von 1991. ² Im Inland. ³ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in % der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). ⁴ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. ⁵ In der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). ⁶ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; 1998 und 1999: HWWA-Prognose; Angaben teilweise gerundet.

restriktive Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus. Nachdem die Hürden für den Beitritt zur Währungsunion genommen sind, ist der Restriktionskurs im Wahljahr 1998 gelockert worden. Zwar wurde die Mehrwertsteuer zum 1. April um einen Prozentpunkt angehoben. Dem steht jedoch die Senkung des Solidaritätszuschlages und die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Einkommensteuer ab Jahresbeginn gegenüber. Zudem wurden die Mittel für ABM deutlich aufgestockt. Alles in allem dürfte die Finanzpolitik somit in diesem Jahr deutlich weniger restriktiv wirken als im vergangenen. Eine Aussage für das kommende Jahr ist schon wegen der Unsicherheit über den Ausgang der Bundestagswahl im September sehr schwierig. Nach den Verlautbarungen der einzelnen Parteien ist wohl eher eine weitere Lockerung als eine Verschärfung des finanzpolitischen Kurses zu erwarten.

Die Lohnentwicklung war in den letzten beiden Jahren sehr moderat; sie hat damit einen wichtigen Beitrag zum Umschwung am Arbeitsmarkt geleistet. In diesem Jahr bleibt der Lohnanstieg nach den vorliegenden Tarifabschlüssen mäßig. Schon angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist auch 1999 ein Kurswechsel in der Lohnpolitik wenig wahrscheinlich. Die Lohnabschlüsse dürften aber etwas höher als in diesem Jahr ausfallen.

Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs

Unter den genannten Bedingungen wird sich der Konjunkturaufschwung in Deutschland in kaum vermindertem Tempo fortsetzen. Zwar wird der Export spürbar an Fahrt verlieren⁵. Dies wird aber durch einen verstärkten Anstieg der Binnennachfrage weitgehend kompensiert. Erheblichen Anteil daran hat der private Verbrauch; begünstigt durch nachlassende retardierende Effekte von seiten des Arbeitsmarktes wird er erstmals wieder deutlich zunehmen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden weiter kräftig expandieren. Zwar haben sich die Absatz- und Gewinnaussichten im Export nicht zuletzt durch die Folgen der Asienkrise etwas eingetrübt. Dies wird aber durch günstigere Perspektiven in den mehr inlandsorientierten Bereichen wettgemacht⁶. Der Bau bleibt zwar auf der Schattenseite der Konjunktur, die dämpfenden Einflüsse werden aber nachlassen. In Westdeutschland dürfte die Talsohle allmählich erreicht sein; im nächsten Jahr ist hier wieder mit einem leichten

⁵ In den Jahresraten kommt das allerdings erst 1999 zum Ausdruck. In diesem Jahr wird die Zuwachsrates des Exports wegen des großen Überhangs am Jahresbeginn ähnlich hoch wie 1997 ausfallen.

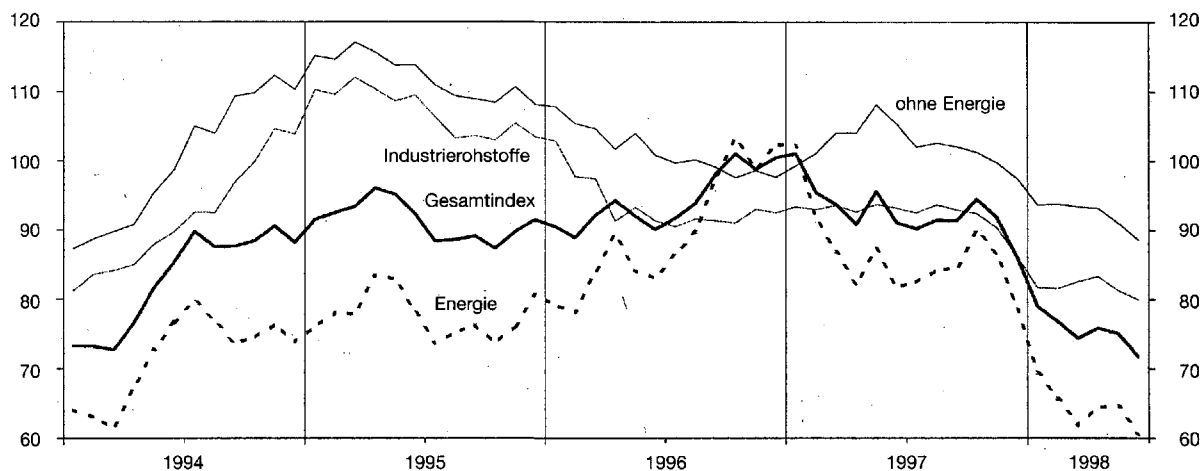
⁶ Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Exportentwicklung für die Investitionstätigkeit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene von geringerer Bedeutung ist; vgl. Wilhelm Maillard: Ausfuhrentwicklung und Investitionstätigkeit, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 78. Jg. (1998), H. 6, S. 367 ff.

Anstieg der Bauinvestitionen zu rechnen. In Ostdeutschland ist dagegen frühestens im Laufe des kommenden Jahres eine Stabilisierung zu erwarten. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr in Deutschland voraussichtlich um 2,6% steigen; 1999 dürfte sich ein Anstieg in ähnlicher Größenordnung ergeben (vgl. Tabelle). Von den günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen wird insbesondere Westdeutschland profitieren. Für Ostdeutschland bleiben die Aussichten gedrückt. Zwar wird 1999 wohl wieder eine ähnliche Wachstumsrate wie in Westdeutschland erreicht werden. Dies bringt den Aufholprozess aber nicht voran.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Laufe dieses Jahres merklich zunehmen, im Jahresdurchschnitt allerdings das Vorjahrsniveau noch nicht nennenswert über-

schreiten; erst 1999 wird sich auch im Jahresergebnis ein merkliches Plus zeigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Laufe dieses Jahres um mehr als 300 000 sinken; im Jahresdurchschnitt wird sie allerdings mit 4,3 Millionen erst um etwa 90 000 niedriger sein als im Vorjahr. Nachhaltig bessern wird sich die Lage am Arbeitsmarkt vor allem in Westdeutschland. In Ostdeutschland wird die Zahl der Erwerbstätigen im Laufe dieses Jahres zwar ebenfalls leicht zunehmen; die Arbeitslosigkeit wird sogar merklich zurückgehen. Dies ist aber vorrangig eine Folge der Aufstockung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Bei unverändertem Finanzvolumen für ABM wird die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländer 1999 kaum mehr sinken, die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt immer noch knapp 19% betragen. Die Arbeitsmarktsituation bleibt somit unbefriedigend.

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen*	1997	Dez. 97	Jan. 98	Feb. 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
Gesamtindex	92,7 (-1,7)	86,1 (-14,3)	78,9 (-21,9)	76,8 (-19,5)	74,3 (-20,6)	75,8 (-16,5)	75,0 (-21,5)	71,6 (-21,4)
Gesamtindex, ohne Energie	102,3 (0,8)	97,5 (-0,2)	93,6 (-5,7)	93,8 (-7,2)	93,4 (-10,3)	93,2 (-10,5)	91,0 (-15,8)	88,6 (-15,9)
Nahrungs- und Genußmittel	132,0 (12,5)	130,9 (15,8)	129,1 (10,4)	130,1 (3,9)	125,4 (-7,3)	122,4 (-11,5)	120,2 (-20,4)	114,4 (-19,2)
Industrierohstoffe	92,3 (-1,5)	86,2 (-6,8)	81,6 (-12,5)	81,5 (-12,3)	82,6 (-11,7)	83,3 (-10,0)	81,2 (-13,3)	79,9 (-14,2)
Agrarische Rohstoffe	92,6 (-3,5)	87,7 (-8,2)	81,0 (-14,4)	81,5 (-12,6)	82,9 (-10,8)	83,9 (-9,8)	81,7 (-11,8)	81,3 (-11,8)
NE-Metalle	89,8 (2,0)	78,9 (-8,4)	76,4 (-15,3)	74,9 (-18,1)	75,3 (-19,6)	76,0 (-15,8)	73,1 (-22,5)	69,8 (-25,3)
Energierohstoffe	86,5 (-3,5)	78,7 (-23,2)	69,4 (-32,1)	65,7 (-28,3)	61,9 (-28,7)	64,5 (-21,5)	64,6 (-26,0)	60,6 (-25,9)

* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. 040/3562-316/320